
Freie Demokraten Limburg

SICHERHEITSSITUATION IN LIMBURG

22.04.2018

SICHERHEITSSITUATION IN LIMBURG

Die Anforderungen an die Polizei sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Zu den klassischen Aufgaben sind viele neue Herausforderungen gekommen, wie z.B. die Bekämpfung der Internetkriminalität. Der Personalbestand ist insgesamt gleich geblieben, die Aufgaben in anderen Bereichen sind gewachsen und Personal wurde verteilt. Diese Entwicklung macht leider auch vor Limburg nicht halt. Die Aufgaben und Herausforderungen am Limburger Bahnhof aber auch der weiteren Innenstadt sind gleichfalls gewachsen und komplexer geworden, so die FDP-Fraktionsvorsitzende Marion Schardt-Sauer. Zum Thema Sicherheit haben die **Freien Demokraten für die Sitzung des Limburger Stadtparlamentes am 7. Mai 2018 einen umfassenden Antrag eingebracht**. Schon seit längerem ist der Weg zwischen Marienschule und der Bahngleise sowie die Unterführung hin zum Tal Josaphat ein Angstraum geworden ist. Wäre eine Videoüberwachungen dort eine geeignete Maßnahme sowohl präventiv als auch repressiv diese Kriminalitätsbereiche zu bearbeiten? Neben den Kosten und der laufenden Wartung ist eine solche Maßnahme nur sinnvoll, wenn die personelle Ausstattung verbessert wird. Schon jetzt stellt die Fülle des Materials aus der Überwachungsanlage das vorhandene Personal vor eine erhebliche Herausforderung um dies von der schieren Menge zu bewältigen.

Oder wie ist es um die Sicherheit der öffentlichen Plätze (Zufahrtshindernisse) bestellt? Sind Feste wie das Altstadtfest aber auch Märkte oder religiöse Feste in ihrer Ausrichtung/Sicherung den aktuellen Erkenntnissen aus den jüngsten Anschlagereignissen gewachsen?



Schardt-Sauer: „Die Sicherheit muss besser organisiert sein als das Verbrechen. Wenn neue örtliche Kriminalitätsschwerpunkte erkennbar werden, wie zum Beispiel in unserer Heimatregion vor dem Limburger Bahnhof, wenn sich das Geschehen verändert oder verlagert- immer muss von vorneherein konsequent eingeschritten werden. „

Völlig inakzeptabel ist aus Sicht der FDP-Fraktion der Rückzug der Bundespolizei am Limburger Bahnhof. Wenn sich in deren Zuständigkeitsbereich etwas ereignet, müssen die Kollegen vom Land dies übernehmen bzw. rufen die Kollegen aus Frankfurt. Schardt-Sauer: „Man kann nicht in Berlin von Sicherheitsoffensiven reden und dann vor Ort den Rückzug praktizieren.“ Seit gut zwei Jahren ist dies in Limburg leider zum Dauerzustand

geworden. Dies müsse man mit vereinten Kräften benennen und Abhilfe einfordern.

??-Antrag der FDP-Fraktion für das Stadtparlament-??

[Sicherheitssituation7_5_2018](#)